

Dieses Gedankengut wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Liechtenstein mit seiner eher konservativen und bäuerlichen Gesellschaft als sozialistisch und damit als «rot» angesehen, was aus geschichtlicher Perspektive verständlich ist. Die eher bürgerlichen und konservativen Kreise, die sich ausdrücklich zur Monarchie bekannten, scharten sich um das Liechtensteiner Volksblatt.

Das Volksblatt hatte sich früher vehement dafür ausgesprochen, dass es in Liechtenstein keine Parteien geben sollte, da diese nur die Einheit des Landes zerstörten. Doch vor den Wahlen veröffentlichte auch das Volksblatt eine eigene Liste von Landtagskandidaten.

So wurde der erste Wahlkampf in Liechtenstein für die Landtagswahl 1918 nicht zwischen zwei neuen Parteien ausgetragen, sondern er fand zwischen der Volkspartei und der Liste des Volksblattes statt. In den Oberrheinischen Nachrichten wurden die Gegner als «Herrenpartei» oder «Vaduzer Stammtischrunde» bezeichnet. Das Volksblatt dagegen warnte die Bevölkerung vor dem drohenden Sozialismus der Volkspartei.

Das Wahlergebnis dieser ersten geheimen und direkten Wahl fiel deutlich aus: Die Volkspartei erreichte im Oberland sechs von sieben Mandaten, im Unterland stellte sie zwei der fünf Abgeordneten. Drei Abgeordnete wurden vom Landesfürsten ernannt.

Ende 1918 führten aussenpolitisch wie innenpolitisch unruhige Zeiten zur Gründung einer zweiten Partei: Am 22. Dezember 1918 konstituierte sich die «Fortschrittliche Bürgerpartei» (FBP), der sich auch Parteigänger der Volkspartei anschlossen. Bedingt durch die gesellschaftlichen Verhältnisse jener Jahre, hatten sich in der Bürgerpartei vor allem die bürgerlichen und konservativen Bevölkerungsgruppen gesammelt: die «Schwarzen», wie man sie als Alternative zu den «Roten» nannte.

Die Initiative zur Gründung der Bürgerpartei ging vom Redaktor des Liechtensteiner Volksblattes, Prof. Dr. Eugen Nipp, und einigen Vaduzer Bürgern aus. Die Grundidee dieser Partei formulierte Dr. Eugen Nipp in seiner Zeitung vom 27. Dezember 1918: «Zur Fortschrittlichen Bürgerpartei soll sich jeder unbescholtene Liechtensteiner, wes Standes und Berufes er sei, bekennen, der in Treue zu unserem Fürsten und Fürstenhaus für einen gesunden, den Forderungen der Neuzeit und zum Wohle des Landes entsprechenden Fortschritt eintreten will, für einen Fortschritt in den Bahnen der Ordnung und der Gesetzlichkeit.»

Beinahe zur selben Zeit veröffentlichten im Januar 1919 die Christlich-soziale Volkspartei und die Fortschrittliche Bürgerpartei das Parteiprogramm in ihren Zeitungen. Wenn auch die beiden Parteien in grundsätzlichen Punkten, wie im Bekenntnis zur Demokratie, zur katho-